

## Pressemitteilung

*Die Haushaltsrede der Stellvertretenden  
Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE.MKK  
Angelika Silberling-Antoni*

**DIE LINKE.**

**Fraktion Main-Kinzig-Kreis**

**Geschäftsstelle**

In den Steinäckern 3  
63517 Rodenbach  
Geschäftsführer: Dr. Thomas Maurer  
Tel.: 06184/990146  
Mail: [Geschaeftsfuehrung@linksfraktion-mkk.de](mailto:Geschaeftsfuehrung@linksfraktion-mkk.de)  
Web: [www.linksfraktion-mkk.de](http://www.linksfraktion-mkk.de)

19.12.08

### **Ausgeglichen heißt nicht ausgewogen!**

Der Haushaltsplan ist keine adäquate Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Die Verbesserung der Finanzen ist zwar in unserem Landkreis angekommen. Ob sie sich als stabil erweist, wird das Jahr 2009 zeigen. Bei den jetzt vorliegenden Prognosen scheint der Haushalt aber in Teilen schon Makulatur zu sein, bevor er in Kraft tritt.

Neben dem Aufschwung 2007/2008 hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer ihren Anteil an der zwischenzeitlichen Verbesserung der Finanzlage. Allein sie erbringt über 23 Milliarden Euros mehr als im Jahr 2006. Sie deckt damit knapp die Hälfte der Steuereinnahmen des Jahres 2007. Gemeinsam mit der Lohnsteuer bildet die Mehrwertsteuer die Haupteinnahmequelle von Bund, Ländern und Kommunen. Gleichzeitig wurden aber die Spitzensteuersätze gesenkt und weitere Steuergeschenke an die Unternehmen ab 2008 beschlossen. Viele Bürger merken nichts von der erfreulichen Einnahmeentwicklung, weil sie auf andere Weise massiv belastet werden.

Das zeigt sich auch im Haushalt des Main-Kinzig-Kreises. So steigen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen von rund 382 Millionen im Jahr 2006 (IST) auf 514 Mio. im Plan 2009. Also eine Steigerung von Steuern und steuerähnlichen Einnahmen von knapp 35%. Ob dies jedoch tatsächlich am Ende erreicht wird, darf vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise bezweifelt werden. Der vorgelegte Haushalt ist jedenfalls keine adäquate Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Tausende von Arbeitsplätzen im Main-Kinzig-Kreis sind bedroht und tausende von Leih- und Zeitarbeitern sind schon arbeitslos. Ausgeglichen bedeutet eben nicht ausgewogen!

Union und SPD haben es auf Bundesebene versäumt, Dämme gegen die Rezession zu errichten. Offenbar haben sie den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt.

China wird 457 Milliarden Euro, Japan 210 Milliarden Euro und die USA 100 bis 200 Milliarden Euro aufwenden, um die Konjunktur zu stützen (Zahlen nach: Wirtschaftspolitik aktuell, Nr. 23/2008). Dem gegenüber sind die von der Bundesregierung bisher geplanten Maßnahmen nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Umso wichtiger ist es, auch im Main-Kinzig-Kreis schnellstmöglich aktiv zu sein, um wenigstens das einem Landkreis Mögliche zu tun.

Die Krise wird den Main Kinzig Kreis in mehreren Stufen treffen. Nach allen Vorhersagen wird ein heftiger Einbruch der Konjunktur in den ersten zwei Quartalen 2009 erwartet. Danach gehen die Szenarien auseinander und werden natürlich auch unsicherer. Eventuell setzt sich schon in der zweiten Jahreshälfte der Aufschwung, wenn auch gedämpft, fort. Häufig wird inzwischen aber auch von Fachleuten von einer Weltwirtschaftskrise historischen Ausmaßes gesprochen.

In jedem Fall fordert DIE LINKE. ein mehrstufiges Konjunkturprogramm. Kurzfristig bedarf es einer schnellen Kaufkrafterhöhung, um durch erhöhte Nachfrage die Spitze des zu erwartenden Abschwungs wenigstens zu dämpfen. Auf Bundesebene könnte diese erste Stufe kurzfristig die Anhebung des ALG II auf mindestens 435 Euro – besser wären 520 Euro – im Monat sein. Dieses Geld flösse direkt in den Konsum. Eine ähnliche Wirkung hätte die Einführung eines Mindestlohns. In einer zweiten und dritten Stufe müssten dann Infrastrukturprogramme folgen.

Im Main Kinzig Kreis könnte eine Maßnahme unser leider 2007 abgelehnter Antrag auf eine Weihnachtsbeihilfe für Sozialleistungsbezieher sein. Zur Erinnerung: Das alte Bundessozialhilfegesetz beinhaltete aus gutem Grund eine Weihnachtsbeihilfe. Leider sieht die Hartz-IV-Gesetzgebung bisher keine Weihnachtsbeihilfe vor. Auch Menschen, die auf Arbeitslosengeld II bzw. auf Asyl angewiesen sind, sollten in der Lage sein, mit ihren Lieben ein schönes Weihnachtsfest zu feiern. Wir hatten 2007 einen Betrag von 40 Euro gefordert. Dieser würde direkt dem Einzelhandel im Kreis zufließen. Schwab und Karstadt sind hier die großen Namen mit hunderten von gefährdeten Arbeitsplätzen im MKK, die davon profitieren könnten. Aber auch hunderte von Einzelhändlern und Restaurants sind durch Konsumzurückhaltung in der Krise.

Auch das Vorziehen von ohnehin notwendigen Investitionen würde direkt helfen.

Die Schulen sehen zum Teil erbärmlich aus. Nicht nur abblättrender Putz, den man noch als Schönheitsmangel bezeichnen könnte, nein, auch fehlender Ausbau und notwendige Renovierungsmaßnahmen müssten unbedingt vorgezogen werden. Die im Haushaltsplan veranschlagten 22 Mio. Euro für 2009 hören sich erst einmal viel an, sind aber auf die einzelnen Schulen bezogen nicht ausreichend. Es ist inzwischen üblich, dass Eltern die Klassenräume streichen oder die rührigen Fördervereine notwendige Sanierungsmaßnahmen finanzieren und selber ausführen.

Auch die Sauberhaltung der Schulen muss kritisiert werden. Die Kinder sitzen oft in staubiger Luft, weil viel zu selten feucht gewischt wird. Dies kann man auch im Haushalt direkt ablesen.

So kostet die Reinigung des Palazzo Prozzi, auch genannt Main Kinzig Forum, 240.000 Euro im Jahr. Mit dem gleichen Geld müssen umgerechnet über 30 Grund- und Hauptschulen zurecht kommen. Da stimmt etwas im Verhältnis nicht!

Da die Reinigung der Schulen selten von Spitzenverdienern ausgeführt wird, könnte durch eine Verbesserung direkt ein Beitrag für die heimische Wirtschaft und zur Kaufkraftverbesserung im MKK geleistet werden.

Weitere zusätzliche Kaufkraft könnte geschaffen werden, wenn wenigsten die genehmigten Stellen auch besetzt würden.

Hier fällt eine Schieflage auf, die nicht geduldet werden darf. So können wir feststellen, dass im Rechtsmittelbereich die Stellen massiv ausgebaut und nahezu vollständig besetzt worden sind. Dies hängt anscheinend mit der hohen Zahl von Verfahren, insbesondere im Sozialbereich zusammen. Über die gestiegene Anzahl der Verfahren kann man sich nicht freuen, über eine beschleunigte Bearbeitung allerdings schon. Deshalb setzt hier auch keine Kritik von uns an, sondern die Kritik entsteht, wenn man sich anschaut, wo im Vergleich dazu Planstellen nicht besetzt sind.

Dies ist nämlich im Sozialbereich und auch in der Schulverwaltung der Fall. So sind im Sozialamt von 119 Stellen nur 99 besetzt. Das sind rund 20% der genehmigten Stellen, die unbesetzt sind. In den Schulen sind es rund 10%. Nach unserer Auffassung wäre es aber gerade in diesen Bereichen notwendig, noch zusätzliche Stellen zu schaffen. Ein erster Schritt wäre es allerdings, die genehmigten freien Stellen auch zu besetzen.

So wird aber in diesem Bereich offenbar an den Schulsekretärinnen gespart und Schulleitern und Lehrern Arbeitszeit abverlangt, die woanders sinnvoller eingesetzt werden könnte.

Im Sozialbereich wird im günstigsten Falle nur eine ordentliche Beratung von Hilfesuchenden verhindert. Im schlimmsten Falle werden Sozialleistung falsch, verzögert oder gar nicht gezahlt. Dies zeigt sich für uns an Beschwerden über liegengebliebene und vergessene Anträge im Hartz IV Bereich, wo oft erst nach entsprechender Rückfrage der LINKEN oder gar Anwälten Bewegung in die Fallbearbeitung kommt.

Zu guter Letzt noch ein Bereich, der für uns als LINKE ganz oben steht: Die Rekommunalisierung. Auch hier hat Landrat Pipa immer wieder Versprechungen gemacht. Man denke nur an die nicht verhinderte Gaspreiserhöhung der Main-Kinzig-Gas. Die Argumente dagegen waren völlig richtig, Herr Landrat! Gerade angesichts der enorm gefallenen Ölpreise war die Erhöhung der Gaspreise im MKK ein großer Fehler.

Aber hier zeigt sich eben, dass bei privatisierten Firmen, auch wenn nur Minderheitsbeteiligungen bestehen, der Einfluss der Investoren –hier namentlich die EON – groß genug ist, um sich auch gegen den Mehrheitsaktionär durchzusetzen. Hier sollten alle Parteien, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, an einem Strang ziehen. Die Anteile von EON müssen zurückgeholt werden. Aber hierfür fehlen nach unserer Einschätzung die nötigen Rückstellungen im Haushalt.

Das wiederum heißt, dass die immer wieder geäußerten Absichten und der Kampf des Landrats gegen die Windmühlen – heißen sie nun EON oder „Heuschrecke“ – nur ein Schaukampf für die Galerie ist.

Dies sind nur ein paar Gründe für die Ablehnung des Haushalts durch die Fraktion der LINKEN. Dieser Haushalt wird nicht den Anforderungen der Zukunft und der bevorstehenden Krise gerecht. Er ist in vielen Bereichen nicht ausreichend und in manchen Bereichen gar schädlich für die Bürgerinnen und Bürger des Main Kinzig Kreises.

Ausgeglichen heißt eben noch lange nicht ausgewogen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

**DIE LINKE.** Fraktion Main-Kinzig-Kreis



gez. Angelika Silberling-Antoni  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Dr. Thomas Maurer  
Fraktionsgeschäftsführer